Freie Demokraten im Hessischen Landtag

SCHULVERWALTUNG

03.03.2015

„Das Landesschulamt wurde von der schwarz-grünen Regierungskoalition schon tot geredet, bevor es mit seiner Arbeit überhaupt erst beginnen konnte. Im Zentrum der Diskussion stand dabei nicht der Ausbau von Unterstützungs- und Serviceleistungen für unsere Schulen, sondern bloß der politische Wunsch, das Landesschulamt in das Kultusministerium zu integrieren. Aus diesem Grund wird ein wichtiger bildungspolitischer Fortschritt wieder zurückgedreht und zwar mit absehbaren negativen Konsequenzen. Denn auf diese Weise wird der bürokratische Wasserkopf vergrößert und der begonnene Weg zur Selbständigkeit der Schulen konterkariert. Dabei sollte es doch das Ziel aller Fraktionen im Landtag sein, die Chance zur Haushaltskonsolidierung durch Stellenabbau im Verwaltungsbereich zu nutzen und zeitgleich die Zukunftschancen unserer Kinder durch eine Verbesserung der Qualität des Bildungs- und Betreuungsangebots zu stärken. Sowohl der schwarz-grüne Gesetzentwurf als auch der Entwurf der Sozialdemokraten sprechen bedauerlicherweise eine andere Sprache“, so Wolfgang GREILICH, schulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Weiter erklärte Greilich:

„Unser Ziel bei der Schaffung des Landesschulamts war es, Schulverwaltung und Organisation der Lehrerbildung miteinander zu verzahnen, diese gleichzeitig schlank und effizient zu gestalten und die frei werdenden Ressourcen stattdessen für die Lehrerversorgung und die Qualitätssteigerung des Unterrichts zu nutzen. Denn die Schulen, die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern brauchen und erwarten zu Recht ein gut funktionierendes und aufeinander abgestimmtes Unterstützungssystem. Deshalb wollten wir gemeinsam mit der CDU die Schulämter zu regionalen Beratungszentren für die Bürger entwickeln. Wir wollten näher ran an die Probleme von Eltern und Schülern. Die Rolle rückwärts der Koalition schafft hingegen keine besseren Problemlösungsmöglichkeiten vor Ort, sondern bloß zusätzliche Bürokratie. Fast

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=806

identische Zielsetzungen verfolgt der SPD-Gesetzesentwurf, der sich aus der Ecke der anfänglichen Fundamentalopposition hin zu einer sachorientierten Analyse auch nicht herauswagte.“

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 18.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=806